

Initiativantrag
der unterzeichneten Abgeordneten
betreffend
das absolute Rauchverbot in der Gastronomie

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung dafür einzutreten, dass diese an dem bereits im Jahr 2015 beschlossenen absoluten Rauchverbot in der Gastronomie ab Mai 2018 festhält.

Begründung

Im Sommer 2015 beschloss der Nationalrat das absolute Rauchverbot in der Gastronomie ab Mai 2018. Studien hatten belegt, dass selbst räumlich getrennte RaucherInnenbereiche nicht ausreichen, um eine Gesundheitsgefährdung von Gästen und Beschäftigten zu vermeiden. Neben den positiven Auswirkungen auf die Gesundheit – so die Begründung des Gesundheitsausschusses im Nationalrat - führe ein absolutes Rauchverbot außerdem zu einer Stärkung der Rechtssicherheit für GastronomInnen und des ArbeitnehmerInnenschutzes. Dass vom Rauchen ein erhebliches Gesundheitsrisiko ausgeht, ist heute so unbestritten wie im Jahr 2015: Weltweit sterben laut WHO mehr als sieben Millionen Menschen an den Folgen des Tabakkonsums. In Österreich wird die Zahl der jährlichen Todesopfer auf rund 14.000 Personen geschätzt. Etwa ein Viertel aller Krebstodesfälle sind aufs Rauchen zurückzuführen. Erfahrungen aus anderen Ländern wie Italien oder den USA zeigen, dass mit Einführung des generellen Rauchverbots in der Gastronomie allein die Herzinfarkt- und Schlaganfallhäufigkeit signifikant gesenkt werden kann. Die Ankündigung der neuen Bundesregierung, das Rauchverbot doch nicht umzusetzen, stieß daher in der österreichischen Öffentlichkeit, vor allem bei GesundheitsexpertInnen und GesundheitspolitikerInnen wie etwa auch bei der Oö. Gesundheitslandesrätin Christine Haberlander wenig überraschend auf heftige Kritik. Fakt ist, dass die Feinstaubwerte nicht nur in den Raucherbereichen massiv erhöht sind. Aktuelle Messungen in Wiener Lokalen haben gezeigt, dass die Feinstaub-Werte im Nichtraucherbereich von gemischten Lokalen über viermal so hoch sind wie im Freien.

Die unterzeichneten Abgeordneten sprechen sich daher auch im Sinne des ArbeitnehmerInnenschutzes für ein absolutes Rauchverbot in der Gastronomie aus und appellieren an die Bundesregierung an der gesetzlichen Regelung festzuhalten.

Linz, am 22. Jänner 2018

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Bauer, Makor, Weichsler-Hauer, Binder, Schaller

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

Schwarz, Buchmayr, Mayr, Böker